

Corona: Krankenhäuser im Münsterland weiterhin in Sorge, ob der „Schutzschirm“ aus Berlin aufgeht

Spahn nimmt breite Kritik der Krankenhäuser auf, hält aber weiter an seinem bürokratischen Weg fest –

Laumann hält Wort und unterstützt Krankenhäuser in NRW

***Münsterland.* Die katholischen Krankenhäuser im Münsterland haben mit scharfer Kritik auf den Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Spahn reagiert. Jetzt hat Spahn nachgebessert, doch die bürokratischen Hürden und die Unsicherheit bleiben.**

In einer Ausnahmesituation wie dieser, in der es in den Krankenhäusern keinen Alltag mehr gibt, trifft das Festhalten des Bundesministers an einem bürokratischen Klein-Klein auf absolutes Unverständnis bei den katholischen Krankenhäusern im Münsterland. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hatte gemeinsam mit dem AOK-Bundesverband einen sinnvollen Weg der Finanzierung und zum Bürokratieabbau abgestimmt und dem Bundesgesundheitsminister vorgeschlagen. Warum Spahn den Vorschlag weiterhin ignoriert und Ärzten und Pflegenden in der Corona-Krise zeitraubende Dokumentationsverfahren und Prüfprotokolle aufbürdet, ist für die Krankenhäuser unverständlich und für die Patientenversorgung fatal.

NRW-Gesundheitsminister Laumann hingegen sagte den Krankenhäusern in seinem Bundesland gestern pragmatische Hilfe zu. Er hat die schwierige Lage in Nordrhein-Westfalen erkannt und Wort gehalten. Dies ist ein Hoffnungsschimmer für alle Krankenhäuser in NRW, die sich unermüdlich um die Versorgung der Patienten kümmern und sich in der Krisensituation an vorderster Linie dem Kampf gegen das Virus stellen.

Die von Spahn pressewirksam verbreiteten Nachbesserungen sind nicht dazu geeignet, den Boden zur Bewältigung der Krise zu bestellen. Sie binden Kräfte in Bereichen, die in der Versorgung der Patienten gerade dringender benötigt werden. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern müssen jetzt den Rücken frei haben und können sich nicht mit den Kassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen über Dokumentationspflichten auseinandersetzen. Die Krankenhäuser erwarten, dass die Bundesregierung sich hinter sie stellt und das Misstrauen gegenüber den Krankenhäusern überwindet.

Die Alexianer (Münster), die St. Franziskus-Stiftung (Münster), die Christophorus-Kliniken (Coesfeld), die Klinikum Westmünsterland GmbH (Kreis Borken), die Mathias-Stiftung (Rheine) sowie das Josepshospital Warendorf (Christliche Stiftung), das St. Josef-Stift Sendenhorst und das St. Antonius-Hospital Gronau plädieren dringend für ein erneutes Nachjustieren des Gesetzes.



FRANZISKUS
STIFTUNG

